

„Energiewende nach Gutsherrenart“

Betr.: „CDU lehnt Windkraftanlagen in Curslack ab“, VML-Seite vom 13.01.2012

Das Haus, in dem ich mit meiner Familie in Ochsenwerder wohne, steht nur 300 Meter von dem geplanten Windkraft-Industrieareal entfernt. Somit könnte ich ja erst mal zufrieden sein, dass dieses leidige Thema längst auch bei den Politikern in Bergedorf – zwar sehr kontrovers – diskutiert wird. Gerade diese kontroversen Debatten sind ein Beweis dafür, dass das Aufstellen von Windkraftanlagen dicht bei Wohnbebauung eben nicht so unproblematisch ist.

Leider muss man den Eindruck gewinnen, dass Vertreter einiger Parteien sich nicht wirklich mit der Problematik für die Anwohner solcher Windindustriegebiete auseinander gesetzt haben. Einige Äußerungen (z.B. „CDU schaltet die Atomkraftwerke

ab, will aber Windkraft nicht“) während der Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 11.1. von Norbert Fleige (GAL), lassen dieses vermuten.

Ernst Heilmann (Die Linke) warnt davor, keine Vorranggebiete auszuweisen, weil sonst die großen Konzerne kommen und noch mehr und noch größere Anlagen aufstellen würden. Aber in Ochsenwerder ist doch seit Jahren ein Vorranggebiet für Windkraftanlagen ausgewiesen, auf dem WEAs stehen! Aktuell beabsichtigt man diese Fläche bis dicht an die Wohnhäuser zu erweitern.

Wer will in unmittelbarer Nähe von 150 Meter hohen WEAs wohnen? Energiewende nach Gutsherrenart, Windkraftanlagen überall ohne genügend Abstand zur Wohnbebauung ist inakzeptabel!

**Leena Claussen
21037 Hamburg**

„Es geht um die Befürchtungen und Ängste eines ganzen Ortes“

BZ
6.3.12

Betr.: „Furcht vor Lärm und Schatten trotz der Grenzwerte“, VML-Seite vom 29. 2. 2012

Beim Widerstand der Ochsenwerder Bürger gegen die Erweiterung der Eignungsfläche in Richtung Wohnbebauung und gegen die Planung von sieben blinkenden, 150 Meter hohen Industrieanlagen geht es nicht um die Energiewende, sondern um die Ängste und Befürchtungen eines ganzen Ortes. Den Bürgern aufgrund ihrer Kritik die Bedrohung von Arbeitsplätzen vorzuwerfen, ist ungeheuerlich und ähnlich obskur, als würde man die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie auf eine geplante Einrichtung einer Einbahnstraße beziehen. Man sollte auch erwähnen, dass in Ochsenwerder bereits sechs Windenergieanlagen ohne nennenswerte Gegenwehr seit 1997 betrieben werden.

Es gibt sehr wohl Alternativen zur Planung der BSU: Ein

Repowering auf der bestehenden Eignungsfläche mit modernen Anlagen bis 100 m Gesamthöhe würde mehr als die dreifache Nennleistung gegenüber den heutigen Anlagen erzielen. Eine Flächenerweiterung wäre nicht notwendig, die Zielvorgabe des Klimaschutzkonzeptes wäre erfüllt, der Ochsenwerder Nachthimmel würde dunkel und nicht rot blinkend sein.

Von Politik, Verwaltung,

Betreibern und Medien werden solche Vorschläge aber komplett ignoriert bzw. lapidar abgetan. Zugegeben – mit einem solchen Kompromiss würde man sowohl finanziell als auch energetisch nicht mehr das maximal Mögliche erreichen. Aber muss unbedingt das maximal Mögliche erreicht werden?

Karl-Heinz Vollstädt
21037 Hamburg



Vier der sechs Windenergieanlagen vom Ochsenwerder Landschaftsweg gesehen, etwa Höhe Ortsausgang Ochsenwerder.

ERNEUERBARE ENERGIE

„Einige wenige wollen ganz viel Geld verdienen“

BZ 13.3.12

Betr.: „BSU-Veranstaltung zur Windkraft“, Seite Vier- und Marschlande vom 28. 2. 2012

Spätestens nach dieser Veranstaltung der BSU müsste es den meisten klar sein, dass es sich bei der Planung um Windenergiestandorte nicht um einen sinnvollen Einsatz von erneuerbaren Energien handelt. Es geht darum, dass Hamburg sich mit dem Titel „Hauptstadt Windenergie“ profilieren möchte und dass einige wenige ganz viel Geld

verdienen wollen. Und das auf Kosten der vielen Anwohner, die nicht nur negative gesundheitliche Beeinträchtigungen befürchten müssen, sondern ihr Wohneigentum, das sie sich erworben haben, kaum noch was wert wäre. Die betroffenen Bürger jetzt dazu aufzufordern, schön artig „dem Allgemeinwohl zu dienen“, ist mehr als grotesk!

Zu dumm nur, wenn die WEA-Riesen so dicht wie in Ochsenwerder geplant an der Wohnbebauung aufgestellt

werden würden, dann aber ständig abgeschaltet werden müssen, weil die gesetzlich festgelegten Grenzwerte für Lärm und Schattenschlag doch überschritten werden. Die WEAs würden vielleicht die meiste Zeit still stehen. Wem ist damit gedient? Niemandem!

Die Frage, wer wirklich solidarisch und dem Allgemeinwohl dienend handelt, muss erlaubt sein:

a) die Windkraftlobbyisten, die nach dem Prinzip „Energiewende nach Gutsherrenart“ ihren Mitmenschen diese 150 m hohen (ggf. noch höheren) Industrie-Windkraftanlagen direkt vor die Haustür set-

zen wollen und ihnen ihre Lebenswerte rauben ODER

b) die betroffenen Bürger und Bürgerinitiativen (nicht nur in Ochsenwerder), die überhaupt nichts gegen Windenergie haben, sondern lediglich ausreichend Abstand, mindestens 1500 m, zu jeglicher Wohnbebauung fordern?

Wenn jeder – auch diejenigen, die heute noch nicht, aber vielleicht morgen betroffen sein könnten – sich diese Frage stellt, kann man eigentlich nur auf die Antwort b) kommen.

Leena Clausen
21037 Hamburg

Mit Namen gekennzeichnete Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen, die sich das Recht auf Kürzungen vorbehalten.

„Wir in Ochsenwerder wollen diese riesigen Windräder nicht – Sie sind uns zu groß“

Betr.: „Furcht vor Lärm und Schatten trotz der Grenzwerte“, VML-Seite vom 29. 2. 2012

Ochsenwerder ist kein Dorf. Ochsenwerder ist ein Stadtteil Hamburgs mit denselben Rechten und Pflichten wie die übrigen 104 Stadtteile. Wären

wir ein Dorf, hätten wir eine kommunale Selbstverwaltung und würden die uns bedrohenden Pläne schnell verhindern.

Wir wollen die riesigen Windräder nicht. Sie sind uns zu groß, zu nah und zu laut, wir fürchten Schattenwurf

und Infrarot. Und sie verhindern die Entwicklung Ochsenwerders, die wir dringend brauchen, um ein weiteres Absterben der Infrastruktur zu beenden.

Wäre Hamburg Teil eines Flächenlandes, niemand käme auf die Idee, ausgerechnet im

Stadtgebiet 150 Meter hohe Windmühlen 500 Meter neben den Wohnhäusern zu errichten.

Diese Pläne aus der unseligen schwarz-grünen Zeit müssen gestoppt werden.

Wir brauchen, wie in anderen Bundesländern auch, ein

Abstandsgebot von 1500 Metern.

An die Adresse des jetzigen Senats: Reduzieren Sie die Windkraftplanungen deutlich, und sie werden die Unterstützung der Ochsenwerder Bevölkerung gewinnen.

Wenn Sie allerdings auf den

jetzigen Abstands- und Höhenplänen beharren, dann werden Sie hier bei den Menschen in Ochsenwerder ganz erheblichen Widerstand entfachen.

Gerd Schmidt-Milder
21037 Hamburg

BZ 6.3.12

„Mindestabstand sollte 1500 Meter betragen“

Betr.: „Anwohner trauen Prognosen nicht“, Seite Vier- und Marschlande vom 8. 3. 2012

Der Bergedorfer Zeitung ist zu danken, dass sie schon zweimal ausführlich über die Infoveranstaltungen der BSU berichtet hat. Am 8. März schrieb Ihr Redakteur „Eine Benachteiligung für die Gesundheit könne ausgeschlossen werden.“ Dem muss dringend widersprochen werden!

Die Behördenvertreter haben keine Informationen über Infraschall gegeben. Wer im Internet unter „Irrweg Windenergie“ oder „Windwahn“ oder „Infraschall“ nachliest, erfährt in ausführlichen Gutachten über Schlafstörungen, Kreislaufprobleme, Konzentrationsstörungen, Angstatta-

cken nach Inbetriebnahme der Megawatt-Anlagen mit 150 Metern Höhe. Besonders betroffen machen die Klagen der Anwohner über die Leiden ihrer Kinder.

Immer wieder wird ein Mindestabstand von der 10-fachen Anlagenhöhe gefordert, das heißt mindestens 1500 Meter zur nächsten Wohnsiedlung.

Laut Artikel 2 im Grundgesetz hat jeder Mensch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Wenn der Mindestabstand von 1500 Metern zur Wohnbebauung nicht garantiert wird, muss diesem Gebiet die Eignung abgesprochen werden.

**Heiner Gronau
21039 Hamburg**

„Massiver Eingriff in das gesamte Landschaftsbild“

Betr.: „Kritik an Überlastung des Bezirks“, Vier- und Marschlande-Seite vom 21. 7. 2012

Die Berichtserstattung über das Treffen der Bürgerinitiativen mit SPD-Politikern auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte in Neuengamme möchten wir ergänzen.

Die Zahl der bestehenden 26 Windkraftanlagen soll aufgestockt, die Höhe – mit Ausnahme von zwei hinter der Gedenkstätte – jedoch auf 150 m verdoppelt werden (zum Vergleich: der Kölner Dom misst 157 m). Dies hätte einen massiven Eingriff in das gesamte Landschaftsbild der Vier- und Marschlande zur Folge, die damit auch ihre Attraktivität als Naherholungs-

gebiet einbüßen würde. Die Bürgerinitiativen, die mittlerweile von ca. dreitausend Vierländer Bürgern unterstützt werden, sind keine Gegner von Alternativenenergien, sie wehren sich aber dagegen, dass Entscheidungen getroffen werden, die irreparabel sind und fordern, die Höhe von künftigen Anlagen auf 100 m zu begrenzen und einen angemessenen Abstand zur Wohnbebauung einzuhalten. Die Vier- und Marschlande sind eine der ältesten Kulturlandschaften Norddeutschlands und verdienen behutsamen Umgang mit Ressourcen.

**Helfried Schulke,
21039 Hamburg
Bürgerinitiative Altengamme**

WINDENERGIE II

„Große Anlagen wirken eher bedrohlich“

Betr.: „Planer konnten Angst nicht nehmen“, Vierlanden-Seite vom 21. 3. 2012

Wir in Ochsenwerder haben nichts gegen Windenergieanlagen – natürlich sind sie eine gute Möglichkeit der Energiegewinnung. Die Frage ist doch vielmehr, in welchem Ausmaß sie an die Menschen heranrücken müssen.

Dass die Bewegung der Rotoren an sich, der Schattentwurf, das Blinken und die Geräusche (sowie überhaupt die Aufstellung auf großen Fundamenten) eine Beeinträchtigung der Umwelt insgesamt (Mensch, Fauna, Flora) darstellt, ist doch wohl unbestritten und mit ausreichenden Fakten belegt.

Es gibt aber Möglichkeiten, diese Beeinträchtigungen durch größere Abstände möglichst gering zu halten, wie es in anderen Bundesländern ja auch der Fall ist. Und es gibt Alternativen, die hier aber gar nicht erst in Erwägung gezogen werden, wie z. B. kleinere, aber modernere Windräder mit höherer Leistung als die jetzigen und mit verträglichem Abstand zur Bebauung. Denn in Wirklichkeit geht es doch gar nicht um die Energiewende! Vielmehr geht es doch um rein wirtschaftliche

**Ute Riedel
21037 Hamburg**

Interessen einiger weniger zu Lasten der betroffenen Anwohner, die den Profit einzelner mit ihrer Gesundheit, Einschränkung ihrer Lebensqualität und erheblichen wirtschaftlichen Einbußen bezahlen sollen.

Abgesehen davon: Die immer größer werdenden Anlagen stellen doch keine Bereicherung dar, sondern wirken eher bedrohlich und damit auch nachteilig für den Gesamteindruck der Stadt.

Ist es nicht etwas kurzfristig gedacht, die Menschen aus Hamburg ins nicht bewindräderte Umland zu vertreiben? Was wird dann aus Tourismus und Zuzug von Neubürgern sowohl in Vierlanden als auch in Hamburg insgesamt?

Vergreiste oder menschenleere Regionen und Bevölkerungsrückgang können doch wohl kaum das langfristige Ziel sein.

Offensichtlich ist der Staat Hamburg eben nur begrenzt geeignet als Standort für Windräder – und ich hoffe im Interesse aller, dass die Politiker den Mut finden, das zuzugestehen – Energiewende hin oder her.

Mit Namen gekennzeichnete Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen, die sich das Recht auf Kürzungen vorbehält.

„Der Zorn der Bürger wurde geschürt“

Betr.: „Planer konnten Angst nicht nehmen“, Vierlanden-Seite vom 21. 3. 2012

Als Teilnehmer der 3. Infoveranstaltung im Lichtwarkhaus möchte ich Ihnen sorgfältigen Artikel noch ergänzen:

Viele der über 200 anwesenden Besucher verließen leider vorzeitig die Veranstaltung. Vermutlich waren sie frustriert über die vielen abgelesenen Referate der Behördenvertreter, deren Inhalte schwer zu verstehen waren.

Am meisten aber erzürnte, dass die Behördenvertreter weder die örtlichen Gegebenheiten zu kennen scheinen, noch sich z. B. in Pattensen

über die Auswirkungen der dort stehenden Megawattanlagen informiert haben.

Die vielen konkreten Fragen der Besucher wurden weitgehend nur zur Kenntnis genommen oder oberflächlich beantwortet. Keine Auskunft konnte gegeben werden, wie Berlin und Bremen mit den Abständen zur Wohnbebauung verfahren.

Immer noch sind keine Gutachten veröffentlicht, man wird verrätet. Die so nervtötende nächtliche Beleuchtung der bis zu 180 Meter hohen Türme wurde überhaupt nicht behandelt. So scheint sich vieles noch im Ungefähren zu befinden.

WINDENERGIE III

„Wir werden auf lange Sicht vergreisen“

Betr.: „Planer konnten Angst nicht nehmen“, Vierlanden-Seite vom 21. 3. 2012

Da standen sie sich am Montag gegenüber – die, welche für und die, welche gegen Windkraft in Ochsenwerder sind (Halt stopp! Das stimmt nicht. Wir Ochsenwerderaner sind nicht in Gänze dagegen).

Wenn unter dem Strich nicht das Gefühl der Betroffenheit, Hilflosigkeit und das Gefühl, nicht wirklich erstgenommen zu werden, dabei herausgekommen wäre, es wäre eine gute Veranstaltung gewesen. Endlich, endlich sind mal wieder viele Nachbarn zusammengelassen – so wie früher, als wir noch bei

Riege gefeiert haben. An diesem Montag gab es aber nichts zu feiern!

Im Gegenteil, ich persönlich hatte das Gefühl, mich im Krieg zu befinden, in einem Krieg, in dem es nur darum geht, dass bestimmte Personen eine Entscheidungsgewalt/ Macht inne haben, bestimmte Personen davon profitieren wollen und ganz viele Menschen, welche sich für das Leben auf dem Dorf – für Ochsenwerder – entschieden haben, wohl bald, wenn es um die „Machthaber“ geht, gezwungen werden, Verdunklungsrollen herunterziehen, um das Elend nicht sehen zu müssen.

Wir werden auf lange Sicht

Die Aufgabe der Behörde ist es, durch Infoveranstaltungen „die Akzeptanz der Bürger zu unterstützen“. Dieses wurde auf allen drei Abenden nicht mal ansatzweise erreicht. Im Gegenteil: Der Zorn der Bürger wurde erst recht geschürt. Fazit: Einsprüche, Klagen, Bürgerbegehren werden das Verfahren noch auf Jahre beschleunigen. Aus Verantwortung für das Wohl der Bürger im Landgebiet werden wir weiter kämpfen, dass ein Mindestabstand von 1500 Metern zur Wohnbebauung gewährleistet werden muss.

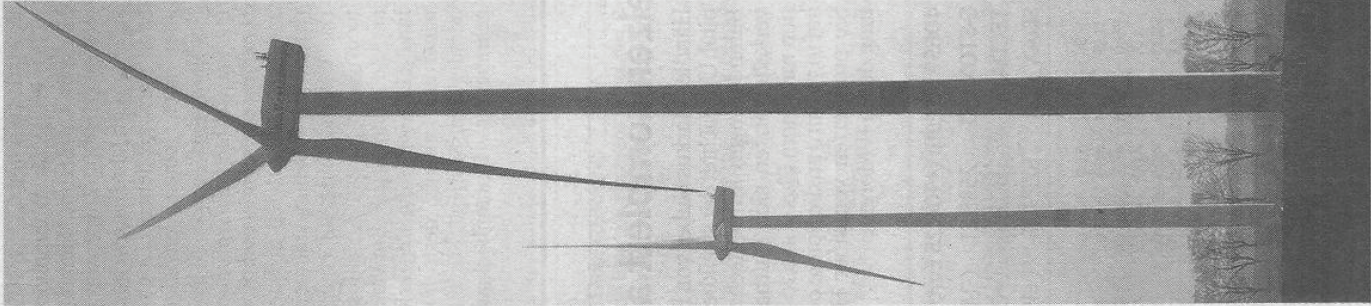
**Heiner Gronau
21037 Hamburg**

hier „vergreisen“, denn welche junge Familie mit Kindern will unter solchen extremen Voraussetzungen der Verschandelung, Belästigung und Beeinträchtigungen noch nach Ochsenwerder ziehen?

Glückliches gesundes und freies Leben in und mit der Natur, gerade für unsere Kinder auf dem Lande – meine Kinder durften es erleben – wird es dann wohl leider nicht mehr geben.

Aber es ist wie im Märchen, mit dem Bau der Windkraftanlagen wird es dann heißen: Es war einmal.

**Jutta Platzhoff
21037 Hamburg**



BZ 29.08.12

„Eklatanter Verstoß gegen Rechte der Bürger“

Betr.: „An der A 25: Hochschule baut einen eigenen Windpark“, Titelseite vom 7. 8. 2012

Die der Bergedorfer Zeitung zu entnehmende Genehmigung des Windparks vor öffentlicher Auslegung des Flächennutzungsplans verstößt in eklatanter Art und Weise gegen die verbrieften, demokratischen Grundrechte der betroffenen Bürger. Für die kommunalpolitischen Vertreter der CDU ist dies ein in dieser Form nie dagewesener Affront. Gutes Regieren sieht de-

finitiv anders aus. Der Hamburger Senat macht damit deutlich, dass die Sorgen und Nöte der betroffenen Bürger unberücksichtigt bleiben. Es bestätigt sich, dass sich der im Rahmen der bisher durchgeführten Informationsveranstaltungen der BSU erhobene Vorwurf von Show-Veranstaltungen nachdrücklich bewahrheitet.

Die jetzt getroffene Entscheidung des Senats kommt einer Vorweggenehmigung gleich. Senator Horch und auch die HAW irren, wenn sie

unterstellen, dass der Windpark in der geplanten Form gebaut werden kann und die Genehmigung dafür ein Selbstgänger ist. Nach heutigem Stand erfolgt die förmliche

Auslegung zur Planänderung erfolgt erst noch

Auslegung zur geplanten Änderung des Flächennutzungsplans (Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen) erst ab dem 10. 9. 2012. Die betroffenen Bürger haben dann vier Wochen Zeit, ihre Einwände vorzubringen. Da-

nach folgt eine Phase der Sichtung und Beantwortung der eingegangenen Einwände.

Dass die Bagger im Frühjahr 2013 rollen werden, gilt mit Sicherheit zunächst einmal nur für den Bau des Gebäudes des Energie Campus Hamburg, sicherlich aber nicht für fünf geplante Windenergieanlagen in Curslack. Oder evoziert der Senat jetzt bereits im Vorfeld?

**CDU Ortsverband Vier- und Marschlande
Bernd Capeletti / Olaf Grotheer**

BZ 11.10.12

„Anlagen in 750 Metern Entfernung treiben Menschen in den Wahnsinn“

Betr.: „Gegenwind aus vielen Richtungen“, zum Leserbrief Herrn Rabe vom 22. 9. 2012

Mehrfach betont Herr Rabe aus Lohbrügge, dass gesetzliche Bestimmungen den Bau von 150 m hohen Megawatt-Anlagen in 500 m zu Häusern rechtfertigen. Ich kenne vor allem den § 2 des BGB, in dem die körperliche Unversehrtheit des Bürgers zu gewährleisten ist. Unter „Windwahn“ hätte Herr Rabe erfahren, dass Windkraftanlagen in 750 m Entfernung Menschen in den Wahnsinn treiben. Allein die Forschungen zu Infraschall vom Robert-Koch-Institut und von Nina Pierpont werden den verantwortungslosen Bau

der WKA in den Vier- und Marschlanden verhindern. Bürgermeister Scholz wird sich nicht trauen, Menschen aus aller Welt in die Vier- und Marschlande zu führen, um ihnen seine Windenergie-Hauptstadt Europas zu präsentieren. Vernünftige Menschen werden in Anbetracht des geballten Zorns der Bewohner und der umgebenden Natur am Verstand der Hamburger Politik und Wirtschaft zweifeln. Windkraftbetreiber

in Bayern z. B. bauen schon 100 m hohe Anlagen mindestens 1000 m von Wohnraum entfernt. Herr Rabe, Ihr Text ist menschenverachtend.

Wenn das Kraftwerk Moorburg 2014 ans Netz geht, braucht Hamburg keine Windkraft mehr. Und woher wissen Sie, dass in Vierlanden am Geesthang die Windverhältnisse in 150 m Höhe anders sind als in 100 m? Das hat noch keiner gemessen. Setzen Sie sich doch bitte in Patten sen den Geräuschen der Re-power-Anlagen vor dem Wind aus! Dann wissen Sie, worüber Sie geschrieben haben.

Mit Namen gekennzeichnete Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen, die sich das Recht auf Kürzungen vorbehält.

**Heiner Gronau
21039 Hamburg**

„Wir wollen genauso wenig wie Familie Stumpf in einem Windpark wohnen“

Betr.: „Windkraft: Erste Familie will flüchten“, Vierlanden-Seite vom 11. 10. 2012

Wir flüchten, wie Familie Stumpf. Es wurde uns äußerst schwer bzw. eigentlich unmöglich gemacht – die Wartezeit auf die Baugenehmigung betrug zweieinhalb Jahre – in einem Landschaftsschutzgebiet ein Einfamilienhaus zu bauen. Eine WKA, die etwa dreimal so hoch wie der CCB Wohnturm (ca. 58m) ist, kann man hier aber ohne Weiteres bauen! Kurzerhand ist Altengamme Eignungsgebiet geworden, und alle Einschränkungen, die für einzelne Bürger gelten, sind völlig wirkungslos, obwohl dieses Gebiet nicht einmal ein windoptimaler Standort ist.

Wir wollen genauso wenig wie Familie Stumpf in einem Windpark wohnen. Seit April engagieren wir uns in der Bürgerinitiative BIWAG, verbrin-



Ein Arbeiter eines Windradherstellers ist in 50 Meter Höhe mit der Reparatur eines Flügels beschäftigt. Foto: dpa

gen dort Sitzung um Sitzung, hören die Verzweiflung der Anwohner immer wieder, die sich mittlerweile zu Spezialisten in Sachen Windkraft entwickelt haben und sind er-

staunt, dass mit einer unglaublichen Arroganz sich Politiker oder Behörde nicht wirklich für diesen Ausverkauf der Vier- und Marschlande interessieren. Die Energiewende und die Vorreiterrolle, die Hamburg spielen möchte, werden auf Kosten einer Kulturlandschaft und ihrer Einwohner realisiert.

Uns bleibt am Ende, wenn wir es uns leisten können – denn wer will ein Eigenheim im Windpark –, der Wegzug. Wenn wir in Hamburg bleiben, bestimmt nicht in den Vier- und Marschlanden, denn hier läuft man ja nun Gefahr, von Megawattanlagen umzingelt zu werden. Jeder im ersten Teil des Horster Damms könnte so eine Geschichte wiedergeben. Sie haben den Menschen eine Stimme gegeben.

**Annette Pinsdorf
21037 Hamburg**

BZ 24.10.12

„Windkraftmonster verschandeln Landschaft“

Betr.: „Kampf gegen Windmühlen“, Politik-Seite vom 12. 10. 2012

Bundesumweltminister Altmayer will also eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) u. a. mit der Begründung, die Planungen der Länder „...liegen teilweise 60 Prozent über dem Bedarf.“ Ex-Senatorin Gundlach, die auch für die Stadtentwicklung und Umwelt verantwortlich war, erklärte auf einer Veranstaltung in Bergedorf in diesem Jahr, dass Hamburg seinen Strombedarf bereits mit der vorhandenen Windkraft und dem Kraftwerk in Moorburg ohne Atomstrom decken könne.

Die 25 geplanten 150 bis 180 Meter hohen Windkraftanlagen in Vier- und Marschlanden würden demnach den zusätzlich gewonnenen Strom nicht für den Hamburger Bedarf, sondern für den Verkauf in andere Bundesländer produzieren. Hamburg als Stadtstaat mutet seinen Bürgern einen Abstand der Windkraftanlagen von 300 bis 500 Meter zur Wohnbebauung zu und will in Flächenstaaten exportieren, die den Menschen immerhin einen Abstand von 1000 Meter und mehr zu solchen Gewaltbauten gönnen.

Eine Zusammenarbeit statt Konkurrenz beim Ausbau der Windenergie in der Metropolregion Hamburg, die auch sonst bei der Energieversorgung üblich war, wäre da sinnvoller, zumal ein Verkauf von Windstrom in den Süden

nicht gewünscht wird.

Das sogenannte „Leuchtturmprojekt“ (Zitat Bürgermeister Scholz), d. h. die schrittweise Errichtung von 25 Windkraftanlagen in der Gesamthöhe von 150 bis 180 Meter in den Vier- und Marschlanden anstelle der bisherigen Windräder erscheint vor dem Hintergrund eher als Image- und Prestigeobjekt des SPD-Senats. ohne wirtschaftliche Notwendigkeit für die Stromversorgung Hamburgs, das die Lebensqualität und – was nicht auszuschließen ist – auch die Gesundheit der Anwohner stark beeinträchtigen kann.

Der Bundesumweltminister hat auch auf der Windkraftmesse in Husum kürzlich vor Überkapazitäten gewarnt. Solange außerdem Netze und Speichermöglichkeiten fehlen, ist nicht einzusehen, dass die Vier- und Marschländer durch solche Anlagen bereits vorauseilend geschädigt werden. Ich erwarte, dass eine Bundesregelung mit „...festen Quoten für die Frage, wo wie viele Windparks gebaut werden sollen“, abgewartet wird, bevor der Hamburger Senat mit 25 Windkraftmonstern in den Vier- und Marschlanden traurige Tatsachen schaffen lässt und so eine alte Kulturlandschaft mit Natur- und Landschaftsschutz zerstört wird, die von den Vierländern als geliebt und von Erholungssuchenden geschätzt wird.

Anneliese Jonsson
21037 Hamburg

BZ 19.11.12

„Gründlicher informieren“

Betr.: „Kampf den Windmühlen“, Titelseite vom 14. 11. 2012

Mit großem Erstaunen und Befremden habe ich den Artikel über die Befürworter des Repowerings der Windkraftanlagen gelesen. Ich glaube, die Herrschaften, die sich hier zu Worte melden, haben sich mit dem Thema Windkraft nicht wirklich beschäftigt und auch keine der Veranstaltungen der verschiedenen Bürgerinitiativen besucht.

Ich wohne am Horster Damm in direkter Nachbarschaft der beiden vorhandenen Anlagen – nicht seit gestern, sondern seit mehr als 15 Jahren – und möchte die Herrschaften gern einmal (am besten an einem stürmischen Tag) zu mir einladen, um sich ein Bild zu machen, wie es sich anhört und fühlt, wenn man von Windkraftanlagen, die nur halb so hoch sind, wie die neu geplanten, umgeben ist. Nicht umsonst fordert die WHO einen Abstand von zwei km zur nächsten Wohnbebauung, da das Gesundheitsrisiko durch Infraschall nicht zu unterschätzen ist. Informationen hierzu geben gerne die Bürgerinitiativen, Google und auch das Umweltbundesamt unter <http://www.umweltbundesamt.de/laermprobleme/publikationen/infraschall.pdf>.

Ich würde mich sehr freuen, wenn sich Menschen, bevor sie andere verbal angreifen, gründlicher informieren.

Bärbel Roloff, 21039 Hamburg

WINDKRAFT I

„Ausbau der Windenergie, jedoch mit Augenmaß“

**Betr.: „Kampf für Windmühlen“,
Titelseite vom 14. 11. 2012**

In dem Artikel wird berichtet, dass sich die Bevölkerung der Vier- und Marschlande in zwei Lager spaltet: In Befürworter von Repowering und in die, die sich mit aller Kraft dagegen wehren. Ich selbst engagiere mich in einer der Bürgerinitiativen und finde es sehr ärgerlich, dass es immer wieder zu solchen falschen Darstellungen kommt.

Es ist nicht richtig, dass die Bürgerinitiativen gegen Windkraft oder das geplante Repowering sind. Im Gegenteil, wir finden die Energiewende grundsätzlich richtig. Wir haben auch nichts dagegen, dass die Anlagen in den Vier- und Marschlanden durch Modernisierung in Ihrer Effizienz gesteigert werden, um einen größeren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Wenn man sich länger mit dem Thema beschäftigt stellt man fest, dass vieles noch unausgereift ist, zahlreiche Fragen noch unbeantwortet sind. Trotz vieler Fragezeichen möchten die Betreiber jedoch schnell Fakten schaffen, um Ihren Profit abzusichern. Das geht so nicht.

Unser Ziel ist es, dass das Repowering in Einklang mit den Menschen und der Natur in den Vier- und Marschlanden geschieht. In der bisherigen Planung sehen wir ein

großes Ungleichgewicht zu Gunsten wirtschaftlicher Interessen der Betreiber. Im Wesentlichen geht es hier um die geplante Größe der Anlagen und die Nähe der Aufstellungsorte zur Wohnbebauung. Aussagen wie „Ich würde mir so ein Riesenrad sofort in den Garten stellen lassen“, zeigen deutlich, dass die Menschen – genau wie früher im Kontext Krümmel – eben noch nicht richtig informiert wurden. Die Dimensionen dieser Anlagen und die extremen Veränderungen des Landschaftsbildes sind für viele Betroffene noch nicht hinreichend vorstellbar. Windkraftanlagen sind eben genau keine „Scheinriesen“.

Wer bei der Augsburg Puppenkiste aufgepasst hat, weiß, dass Scheinriesen kleiner werden, wenn man sich ihnen nähert. Bedauerlicherweise ist das bei den Windkraftanlagen genau umgekehrt. Da wir nicht nur bei der Augsburg Puppenkiste genau aufpassen, sehen wir in Ihrem Artikel, welche Folgen die verharmlosende Darstellung der geplanten Maßnahmen durch die Behörden und Betreiber bei den Menschen haben kann. Ich hoffe, dass die Windenergiegewinnung bei uns ausgebaut wird, jedoch bitte mit Augenmaß.

**Ralf Pinsdorf,
21039 Hamburg**

Mit Namen gekennzeichnete Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen, die sich das Recht auf Kürzungen vorbehält.

WINDKRAFT II

„Feuerwalze ist möglich“

**Betr.: „Plädoyer für das kleinere Übel“, Vier- und Marschlande-
Seite vom 14. 11. 2012**

Sicherheitsabstand zu Siedlungsgebieten gegen Feuergefahr.

Klar, auf dem eigenen Grundstück wollen viele ein Windrad. Damit verdient man leicht 30 000 Euro im Jahr. Nur kann die Energiewende kein Freibrief für Rücksichtslosigkeit und tödlichen Leichtsinns sein. Brände von Windkraftanlagen sind in der Entstehung nicht zu bekämpfen und im weiteren Verlauf nicht beherrschbar. Sollte zum Beispiel zwischen Ochsenwerder und Fünfhausen Biomasse-Mais angebaut werden und kurz vor der Ernte ein Windrad in Brand geraten, hätte der Ort bei südöstlichen Winden eine Feuerwalze mit der Zerstörungskraft eines Waldbrandes zu erwarten. Zu besiedelten Gebieten sind größere Abstände erforderlich, je nach geographischen Gegebenheiten bis zu mehreren Kilometern

**Dirk Emmermann,
21037 Hamburg**

„Informiere gern über Schatten und Geräusche“

**Betr.: „Kampf für Windmühlen“,
Titelseite vom 14. 11. 2012**

Nachdem mehr als 2500 Bürgerinnen und Bürger unserem Aufruf gefolgt sind, sich gegen den unkontrollierten Ausbau der Windenergieanlagen in unserem Heimatgebiet zur Wehr zu setzen, entnehme ich Ihrem Artikel, dass sich jetzt fünf Befürworter zu Wort melden. Ich teile die in dem Beitrag geäußerten Ansichten nur insoweit, als auch unsere Bürgerinitiativen Windkraft als alternative Energiequelle für unverzichtbar halten, aber nicht in diesem Umfang und nicht in der Höhe von bis zu 180 Metern. Damit die Befürworter sich selbst ein Bild machen können, lade ich die fünf Mitbürger ein, sich auf der Terrasse unseres Hauses die

bereits existierenden sieben Windräder anzusehen und sich vor Ort über die Geräuschentwicklung und den Schlagschatten zu informieren. Zurzeit läuft ein Bürgerbegehren, um die Stadt Hamburg zu einer Überprüfung der geplanten Anlagen aufzufordern. Alle Einwohner des Bezirkes sind eingeladen, sich zu beteiligen. Allen Lesern der „bz“ sei eine Sendung des RBB empfohlen, in der über die Umwandlung der Uckermark in eine Industrielandschaft in Form riesiger Windrädern berichtet wird, anzusehen unter RBB.de. Möge den Vier- und Marschlanden direkt vor unserer Haustür das gleiche Schicksal erspart bleiben.

**Helfried Schulke,
21039 Hamburg**

BÜRGER FÜR WINDKRAFT II

„Haben sie das bedacht?“

**Betr.: „Kampf für Windmühlen“,
Titelseite vom 14. 11. 2012**

Gern möchte ich den fünf Kämpfern für Megawattanlagen mitteilen: Seit geraumer Zeit werden wir durch die Medien regelmäßig darauf hingewiesen, dass Deutschland so viel grünen Strom exportiert wie noch nie.

Die Niederlande fahren Kraftwerke herunter, um den günstigen Strom aus Deutschland zu kaufen. Ja, es fließt so-

gar Strom unbezahlt in die Nachbarländer. Die Länderregierungen in Deutschland planen und bauen Tausende neuer Windanlagen. Haben die fünf Aufrechten das wirklich bedacht, wenn sie jetzt für den Bau von 28 MW-Anlagen zum Anschaffungspreis von 100 000 000 Euro in den Vier- und Marschlanden kämpfen wollen?

**Heiner Gronau
21039 Hamburg**

„Jetzt keine Blauäugigkeit bei Windrädern in den Vier- und Marschlanden“

Betr.: „Plädoyer für das kleinere Übel“, Vier- und Marschlande-Seite vom 14. 11. 2012

Wer bedauert, bei der Errichtung der Atomenergieanlage Krümmel die rechtzeitige Information über die davon ausgehenden Gefahren für die menschliche Gesundheit verschlafen zu haben, sollte bei den geplanten Windkraftanlagen in den Vier- und Marschlanden jetzt nicht blauäugig sein. Vor allem sollte er sich in der Tat von den Betreibern „nicht wieder etwas vormachen lassen“. So erscheinen denn die Einlassungen der interviewten „Kämpfer für Windkraft“ wenig differenziert und gehen im Allgemeinen über das Niveau zum Teil erheiternder Stammtisch-Parolen nicht hinaus.

Gerade bei der Energiewende sollte man die Fehler aus der Atomenergie nicht wiederholen: Ausbau mit allen Mitteln ohne Rücksicht auf die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen. Schon der Ansatz der Politik, ausgerechnet den dicht bebauten und flächenmäßig relativ kleinen Stadtstaat Hamburg zur Windenergiehauptstadt Deutschlands machen zu wollen, zeigt, wie wenig hier „von oben“ auf die Menschen Rücksicht genommen wird.

Da es keine wirklichen Eignungsflächen gibt, werden den Bürgern einfach kleinere Abstände der Anlagen zur Bebauung und somit auch höhere Immissionswerte zugemu-

tet als in anderen Bundesländern. Das ist übrigens den ausgelegten Plänen eindeutig zu entnehmen. Wer behauptet, die Bürgerinitiativen arbeiten mit falschen Zahlen, muss sich fragen lassen, ob er diese Pläne überhaupt gesehen hat.

Die Bürgerinitiativen in den Vier- und Marschlanden sind für die Energiewende

Gesundheitsgefährdung, z. B. durch tieffrequenten Schall, durch Lichtreize der nächtlichen Befeuerung, durch Lärm etc., ist übrigens auch bei den Bürgerinitiativen jederzeit möglich. Außerdem bleibt die Frage, was der Bau neuer Windkraftanlagen in den Vier- und Marschlanden nützt, wenn das Netz zur Ein-



Wildgänse ziehen an einem Windkraftträd vorbei. Foto: dpa

und haben deshalb verschiedene Vorschläge für ein „Repowering mit Augenmaß“ vorgestellt, das die gewachsene Kulturlandschaften geringerem Maße beeinträchtigt und weniger gesundheitsgefährdend ist, als das geplante. Wer sich über die fatalen Auswirkungen des Schattenschlages informieren möchte, sollte sich den Film aus einem betroffenen Wohnzimmer auf der Website der Bürgerinitiativen anschauen. Einsichtnahme in die einschlägigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Gutachten zur

speisung gar nicht vorhanden ist. Hier wird von der Politik das Pferd vom Schwanz aufgezäumt. Unnötige Kompensationszahlungen aus Steuergeldern in Millionenhöhe an die Betreiber sind die Folge. Wir sollten aus den Fehlern vergangener Energieinitiativen gelernt haben, dass man Problemen nur begegnen kann, wenn man sich sachlich fundiert damit auseinandersetzt.

Arno Becker, Grömitz
Oberstudienrat Biol./ Geogr. i. R.
Gästepföhler in den Vier- und Marschlanden

WINDKRAFTANLAGEN IN DEN VIER- UND MARSCHLANDEN

„Es geht um intelligente Lösungen
und Bodenhaftung der Politiker“

Betr.: „Kampf den Windmühlen“, Titelseite vom 14. 11. 2012.

Da sollen sie nun auch bei uns die Landschaft beherrschen, diese Windenergieanlagen. Sie sollen sich drehen und drehen in einer Höhe von fast 200 Metern, 6 mal so hoch wie unser Kirchturm in Ochsenwerder. Denn die Betreiber sollen einen Freibrief bekommen, sie so unendlich hoch zu bauen, wie ihr Profitstreben es ihnen befiehlt.

„Gewachsene Kulturlandschaft“: Was geht sie das an? Das gilt doch nur noch für Blankenese und die Alster. Und nur dort, wo mit dem massiven Widerstand von Leuten mit Geld und Einfluss zu rechnen ist. Natürlich sei diese Entwicklung der Horizontverschmutzung unumkehrbar - so sagen die Profiteure, die sich als unsere Wohltäter aufspielen: „Wenn ihr gegen Atomstrom seid, dann müsst ihr die Windenergieanlagen hinnehmen“

- und meinen: das aber nur nach ihren Maßstäben. Andernfalls erginge es unserem Land ganz schlecht und denken dabei zu allererst an ihr Portemonnaie. Haben wir alles schon gehabt: 1961 stand ich am Ufer des Rheins. Deswegen Wasser war eine dunkle Brühe, in der Fäkalien und Toilettenpapier schwammen. Darauf angesprochen, sagten mir Politiker: das sei eben der Preis für unseren Wohlstand. Und unumkehrbar. Jetzt stand ich an derselben Stelle: das Wasser war klar wie Trinkwasser. Als ich nach Ochsenwerder zog, vor 35 Jahren hieß es: „So sicher wie das Amen in der Kirche, so sicher kommt jetzt direkt am Dorfrand der 12 Meter hohe Damm der südlichen Güterumgehungsbahn, mit seinem Lärm tags und nachts“. Er ist nicht gekommen, es gab eine bessere und billigere Lösung des Problems, ebenso am Rhein. Techniker, die bereit sind, sich eine Windmühle in

den eigenen Garten stellen zu lassen, Politiker, die sich von Lobbys treiben lassen und Investoren, denen ihr Gewinn über alles geht, haben überhaupt keine Bedenken, Landschaften zu beschädigen, indem sie deren Horizont verschmutzen.

Warum aber wohnen sie trotz alledem in eben dieser Landschaft? Es geht hier nicht um die Verdammung der Windenergieanlagen schlechthin. Es geht um Augenmaß: um akzeptable Bauhöhen und Abstände zu den Häusern. Es geht um intelligente Lösungen, die Notwendigkeiten der Stromversorgung mit den Urbedürfnissen des Menschen nach einer harmonischen Umwelt zu verbinden. Bei Politikern spricht man von „Bodenhaftung“. Nur mit dieser können sie die Anwälte des Volkes sein und auch bleiben.

Dr. Kurt Schröder
Arzt in Ochsenwerder

„Zu Recht ausreichend Abstand gefordert“

Betr.: „Plädoyer für das kleinere Übel“, VML-Seite vom 14. 11. 2012

Wer behauptet, dass die Windkraftanlagen nur Geräusche und keinen Lärm machen würden, hat die Schallemissions-Berechnungen (Lärmprognosen) der Behörde nicht gelesen.

Die Aussage der Kämpfer für Windmühlen, die Bürgerinitiativen würden bewusst mit falschen Zahlen arbeiten, klingt sehr „investorengerecht“. Ich empfehle wärmstens den zukünftig vorgesehenen FNP (Flächennutzungsplan) und die Anwohnerinformation des Betreibers NETOHG für Ochsenwerder gegenüber zu stellen. Es lässt sich sehr schnell feststellen, wer bewusst mit unvollständigen Informationen arbeitet. In meinem über Monate dauernden Engagement in der Bürgerinitiative Ochsenwerder habe ich keinen Menschen getroffen, der irgendetwas gegen Stromgewinnung aus Windkraft hat. Dafür ganz viele Menschen, die sich um ihre Gesundheit und Lebenswerte sorgen und zu Recht ausreichend Abstand zur Wohnbauung und Begrenzung der Bauhöhe auf das verträgliche Maß fordern.

Schon ein klarer Menschenverstand sagt, dass es nicht gut sein kann, dauerhaft impulshaltigem Lärm, zeit-

weiligen Schattenschlag und weiteren optischen Stressfaktoren wie blinkender Befeuerung ausgesetzt zu sein. Für dieses Verständnis sind keine wissenschaftlichen Nachweise nötig. Es gibt sie dennoch.

Interessant auch die vom Umweltministerium in Finnland veröffentlichte Studie (Lauri Tarasti 13.04.2012). Auf Grund der Erkenntnisse dieser Studie gelten in Finnland seit Juli folgende Lärmgrenzwerte in sämtlichen Gebieten mit Wohnnutzung (außerhalb der Gebäude): 45 dBA tagsüber/40 dB nachts. Diese neu festgelegten Werte beruhen auf der Tatsache, dass die gültige gesetzliche Richtlinie nicht dafür geeignet ist, die von WEA ausgehenden Schallemissionen zuverlässig zu prognostizieren. Ich lasse mich gerne davon überzeugen, dass es ganz wunderbar ist, direkt neben einem Industriewindpark zu leben.

Allerdings, bis heute hat kein einziger Befürworter der „Hamburger Energiewende nach Gutsherrenart“ plausible Argumente liefern können. Der Ratschlag von Dr. Diercks, mit meiner Familie, die in Ochsenwerder seit Jahrzehnten lebt, nun in eine Stadtwohnung im 20. Stockwerk zu ziehen, ist sehr befremdend.

**Leena Claussen
21037 Hamburg**

„Wir sind gegen die drohende Zerstörung der Landschaft“

Betr.: Diverse Artikel zu den Windenergieanlagen, Vier- und Marschlandeseite

In mehreren Veranstaltungen mit Bürgern konnten Behördenvertreter und Bürgerchaftsmitglieder die Ablehnung der beabsichtigten Erweiterung der vorhandenen Windenergieanlagen in den Vier- und Marschlanden seitens der Teilnehmer zur Kenntnis nehmen. Bei den Veranstaltungen meldete sich jeweils auch ein Befürworter der Windenergie zu Wort, so als wenn wir Gegner der Windenergie wären und wir eine entsprechende Belehrung benötigten!

Wir sind gegen die drohende Landschaftszerstörung, ist das so schwer zu verstehen? Die bereits angeknabberte Kultur- und Naturlandschaft steht in dem Bewusstsein der Planer, Politiker, Anlagenbetreiber und einiger Grundeigentümer weiterhin zu ihrer Verfügung. Die Argumente sind je nach Interessenlage unterschiedlich. Sie verkennen aber, dass bereits mit der

Errichtung der vorhandenen Anlagen in Ochsenwerder ein unguter Weg beschritten worden ist.

Nach Inbetriebnahme dieser Altanlagen 1998 wurde die Auswahl des Standortes begründet mit dem Hinweis auf die bereits vorhandene Versuchsanlage und auf die Trasse der Hochspannungsleitung. Heute wird uns vorgehalten, wir hätten doch gegen diese Anlagen keine Bedenken gehabt, also würden die gedachten Erweiterungen und Änderungen wohl nur am Anfang als lästig empfunden werden und im Laufe der Zeit nicht mehr relevant sein.

Eine scheinbar relativ kleine Störung des Gesamtzustandes zog bisher immer eine weitere kleine Störung nach sich, das scheint wie ein Naturgesetz zu funktionieren. Auf diesem Wege ist die Peute, ist die hohe Schaar, sind Billbrook und Eidelstedt in den unbewohnbaren, entgrünnten Ist-Zustand umgewandelt worden. Billwerder ist bereits am Wendepunkt angelangt. Wollen wir das weiterhin für

die Vier- und Marschlande zulassen? Solange vorhandene Industrie- und Gewerbeflächen nicht in die Flächenplanung als WEA-Eignungsflächen einbezogen und als solche erschöpfend in die Nutzung überführt worden sind, solange kann ein verantwortungsvoll denkender und handelnder Politiker nicht dafür sein, diese schützenswerte Landschaft einer nicht ausgegorenen, panikbestimmten Energiepolitik des Bundes und der Hansestadt zu opfern.

Wir Bewohner und die Nutzer des Naherholungsgebietes, die Naturverbundenen, die Heimatkundler, die jungen Familien mit Plänen und Hoffnungen für ein land- und naturverbundenes Wohnen in dieser (noch) liebenswerten Landschaft, wir alle sollten die politischen Volksvertreter kritisch nach ihrer Haltung befragen und ihr Wirken beobachten. Diese Mitwirkungsmacht haben wir, nutzen wir sie!

**Hans Kramer
21037 Hamburg**